





pis argumentierte in der Tat sehr geschickt.<sup>6</sup> Zum einen brauche das Land Geld, um dem Osmanischen Reich das Griechenland auf dem Berliner Kongress zugesprochene Thessalien ‚abzukaufen‘: Griechenland musste dafür einen Teil der osmanischen Staatsschulden übernehmen. Zum anderen führte Trikoupis an, dass mit dem Geld die Schulden des Staats bei den eigenen Bürgern, die teilweise zu acht oder neun Prozent verzinst wurden, in Anleihen mit günstigeren Bedingungen konvertiert werden könnten. Davon versprach man sich einen ausgeglichenen Haushalt. Dieser wiederum sollte die Wiederherstellung der Konvertibilität der Drachme ermöglichen, was für den internationalen Handel Griechenlands von großer Bedeutung war. Daneben argumentierte Trikoupis, dass das Geld für den Ausbau der Infrastruktur – vor allem den Straßen- und Eisenbahnbau – verwendet und so die Industrialisierung Griechenlands gefördert werden sollte. Diese Argumente, die ganz im Trend der Zeit lagen, überzeugten offenbar die ausländischen Diplomaten und Kapitalgeber.<sup>7</sup>

Als weiteren Grund, der Bankiers dazu bewogen haben mochte, Griechenland finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, nennt Andreadi, dass die Bankiers zu wenig über die tatsächlichen Zustände in Griechenland gewusst hätten. Dieses Argument ist allerdings weniger überzeugend, konnten doch zahlreiche Vertreter des Auslands sich vor Ort ein Bild davon machen, dass nur kleine Teile der geliehenen Summen tatsächlich in den Ausbau der Infrastruktur flossen, während weitaus größere Teile für die Aufrüstung verwendet wurden. Zu den zahlreichen Vertretern des Auslands in Athen zählten auch Angehörige offizieller Gesandtschaften.<sup>8</sup> So entsandte Frankreich in den 1880er-Jahren auf griechischen Wunsch eine so genannte *Mission française*, der französische Ingenieure angehörten, die das Land bereisten und im Auftrag der Regierung Pläne für Bauprojekte sowie für den Ausbau der Infrastruktur entwarfen<sup>9</sup> und, wie auch andere Sonderbeauftragte aus Paris und London, ausführliche Berichte an die Regierungen ihrer Heimatländer erstatten.<sup>10</sup> Manche Industrieunternehmen, wie zum Beispiel die Firma Krupp, leisteten

6 Siehe zum Folgenden Charilaos Trikoupis, *The Finances of Greece*. Speech delivered on Introducing to the Hellenic Chamber the Budget for 1888 on November 2<sup>nd</sup> (November 14<sup>th</sup>) 1887. London 1887.

7 Ausführlich dazu Michalis Psalidopoulos / Korinna Schönhärl, *Die griechische Staatsverschuldung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: Thorsten Beigel / Georg Eckert (Hrsg.), *Vom Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Erscheinungsformen und Sichtweisen von der Antike bis zur Gegenwart*. Münster 2013, S. 149-164.

8 Siehe zum Beispiel BArch Berlin, R 90/11536, Moral, Felix (Civil-Ingenieur, vormals deutscher Handels-Verein in Berlin, technisches Bureau in Athen), Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1889/1890 und Mittheilungen von allgemeinem Interesse über die industriellen Verhältnisse Griechenlands. – Der 1882 gegründete Deutsche Handels-Verein in Berlin sollte der deutschen Industrie neue Absatzgebiete in Griechenland und der Türkei verschaffen. Er unterhielt Geschäftsstellen in allen wichtigen Handelsplätzen Griechenlands, stellte sich dort allerdings – zumindest nach dem Urteil der deutschen Gesandtschaft – offenbar nicht sehr geschickt an.

9 So zum Beispiel der Chefmechaniker A. Gotteland. Vgl. Stefanos Dragoumis-Archiv in der Gennadios Bibliothek Athen, Umschlag 53.3.

10 Ein Beispiel ist der englische Sondergesandte Sir Edward Fitzgerald Law, der die Situation vor dem Bankrott beschrieb. Vgl. Στέφανος Ι. Μακρυμύχας [Stephanos I. Makrimichalos], *Sir Edward Fitzgerald Law: ένας λησμονημένος Βρετανός Φιλέλληνη* [A forgotten British Philhellenist]. Αθήνα 1974. – Anthony Gibbs bat den griechischen Generalkonsul Ionides am 14. April 1893 um die Zusendung des so genannten Law-Reports. Vgl. London Metropolitan Archives (LMA), MS 11.113-2-167, 135.

sich eigene Vertreter vor Ort, die engen Kontakt zu Militär und Politik hielten. Friedrich Alfred Krupp bereiste das Land sogar selbst.<sup>11</sup> Zudem verfügten auch Bankiers, neben ihren Kontakten zu den Diplomaten vor Ort und in ihrer Heimat, über enge Beziehungen nach Hellas, zum Beispiel zur renommierten Griechischen Nationalbank. Einige Bankiers entsandten regelmäßig Emissäre, die sich vor Ort ein Bild von der Situation machen und Verhandlungen führen sollten.<sup>12</sup> Sogar die großen westeuropäischen Tageszeitungen berichteten detailliert über die griechischen Finanzen, ebenso wie Wirtschaftsexperten in ihren Studien.<sup>13</sup> Es ist also schwer vorstellbar, dass interessierte Zeitgenossen zu wenig über die griechischen Verhältnisse gewusst hätten.

Zudem betonte Andreadis die hohen Gewinne und Provisionen, die die Banken für die Emissionen bekamen. Dies sei gerade in einer Situation entscheidend gewesen, in der in Westeuropa, vor allem in England, das Zinsniveau sehr niedrig war. Auf diese Frage wird weiter unten noch genauer eingegangen. Der Vergleich zeigt allerdings, soviel sei vorweggenommen, dass die Gewinne auch nicht höher waren als bei alternativen Auslandsemissionen in dieser Zeit, teilweise waren sie sogar niedriger. Warum also entschieden sich Finanzfachleute dafür, Kapital auf dem „Nischenmarkt“<sup>14</sup> Griechenland anzulegen? Gewiss waren die Bankiers in den 1880er-Jahren auf der Suche nach (durchaus auch exotischen) Investitionsmöglichkeiten für das reichlich vorhandene Kapital. Wäre es allerdings um bloße Risikostreuung und Diversifizierung der Investitionen gegangen, so hätten sich dafür wohl risikoärmere Möglichkeiten finden lassen. Neben der Hoffnung auf Gewinne müssen also noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. Relativ leicht zu erklären ist diese Entscheidung bei solchen Bankhäusern, die über mehrere Jahrzehnte enge geschäftliche und persönliche Beziehungen zu Griechenland gepflegt hatten wie zum Beispiel Hambro in London, Erlanger oder Eichthal in Paris. In diesen Fällen lassen sich starke Pfadabhängigkeiten nachweisen. Wie aber sah es mit völligen Newcomern auf dem griechischen Markt aus? So zum Beispiel dem Bankhaus von Bleichröder, das erst 1888 begonnen hatte, griechische Wertpapiere in Deutschland einzuführen,<sup>15</sup> und

- 11 Vgl. die Liste seiner Gesprächspartner in Athen im November 1888 in Krupp-Archiv, WA 4/1031; ferner die Berichte des Beauftragten Otto Dinglers, der für Lieferungen ans Osmanische Reich und an Griechenland zuständig war, in WA 4/1484.
- 12 So reiste zum Beispiel Monsieur Guicciardi von Mai bis August 1891 im Auftrag des Crédit Lyonnais nach Griechenland. Vgl. Archives historiques de Crédit Lyonnais, 62 AH 77.
- 13 Vgl. zum Beispiel Edmond Théry (Directeur L'économiste européen), La Grèce actuelle au point de vue économique et financier. Etudes Economiques et financières. Paris 1905.
- 14 Hubert Bonin, French Banks and the Greek 'Niche Market', mid-1880s-1950s (Publications du Centre d'histoire économique internationale de l'Université de Genève 29). Genève 2013.
- 15 Im Oktober 1888 legte Bleichröder zusammen mit der Nationalbank für Deutschland Teile der Anleihen von 1881 (110.635.000 Francs, Emissionskurs 82,0) und 1884 (96.100.000 Francs, Emissionskurs 82,0) auf. Im Januar 1889 folgten Teile der Gold-Monopol-Anleihe von 1887 (135.000.000 Francs, Emissionskurs 74<sup>1</sup>/<sub>4</sub>). Vgl. Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht über die an der Berliner Börse von 1882 bis 1892 zur Einführung gelangten Werthpapiere. Zusammengestellt unter Benutzung der Akten der Börsen-Registratur und der Berliner Börsen-Zeitung, sowie der entsprechenden Ausgaben von Saling's Börsen-Jahrbuch. Berlin 1893, S. 24 ff. Die in Karl Christian Schaefer, Deutsche Portfolioinvestitionen im Ausland 1870-1914. Banken, Kapitalmärkte und Wertpapierhandel im Zeitalter des Imperialismus (Münsteraner Beiträge zur Cliometrie und quantitativen Wirtschaftsgeschichte 2). Münster 1995, S. 322, genannten Informationen sind nur teilweise korrekt, denn es handelte sich nicht um die Anleihe von 1887, sondern um die neue Rente von 1889.

sich im Jahr 1889 zum ersten Mal an einer Griechenlandanleihe beteiligte, ohne vorher intensivere Kontakte zum Land gehabt zu haben? Was waren die Gründe für das Bankhaus von Bleichröder, ins Griechenlandgeschäft einzusteigen?

### III. Das Bankhaus von Bleichröder und die griechische 4% Rente von 1889

Im Mai 1889 brachte das Bankhaus von Bleichröder in Kooperation mit Anthony Gibbs & Sons und Hambro & Son die steuerfreie konsolidierte Goldrente mit einem Nominalbetrag von 125 Mio. Francs (fünf Millionen Pfund Sterling oder 100 Mio. Mark<sup>16</sup>) heraus. Der Nominalzins betrug vier Prozent, die Laufzeit 30 Jahre. Die Papiere wurden im Wert von 400, 2.000 oder 10.000 Mark ausgegeben.<sup>17</sup> Der Emissionskurs in Berlin war  $77\frac{1}{8}$ , die Zinsen betragen realiter 5,5 Prozent im Jahr. Dieser Kurs lag zwar deutlich über dem Durchschnitt der griechischen Anleihen in den 1880er-Jahren, den Karl Christian Schaefer mit 73 Prozent berechnet.<sup>18</sup> Dennoch war er im Vergleich zu anderen Staatsanleihen eher niedrig – ein Hinweis darauf, dass die Rente als Risikowertpapier eingeschätzt wurde. Das Geld aus der Emission sollte zweckgebunden verwendet werden für die Konvertierung von vier alten Anleihen: der 6% Anleihe von 1879, der 6% Anleihe für die Eisenbahnstrecke Myli-Kalamata von 1888 und die 6% Anleihe für die Linie Misolonghi – Agrinion sowie einer griechischen Inlands-Anleihe aus dem Jahr 1874.<sup>19</sup> Für das Bankhaus Gibbs liegt das Motiv für die Beteiligung damit auf der Hand: die Bank hatte sich 1888 an der Finanzierung der Eisenbahnstrecke Myli-Kalamata beteiligt, deren Konzession die griechische Regierung der belgischen Société Anonyme Internationale de Construction et d'Entreprise de Travaux Publics erteilt hatte. Die Bedienung dieses Kredits stockte nun und sollte durch die neue Anleihe von 1889 gewährleistet werden.<sup>20</sup> Hambro war schon jahrzehntelang einer der wichtigsten Bankiers für Griechenland und hatte mehrere Anleihen mitherausgebracht. Hier bestanden also starke Pfadabhängigkeiten.<sup>21</sup> Für von Bleichröder ist die Sache dagegen weniger klar, denn diejenigen Anleihen, die er im Jahr 1888 an die Börsen in Berlin und Frankfurt gebracht hatte, hatten mit derjenigen von 1889 nicht direkt zu tun,<sup>22</sup> und sonst hatte er bisher keinerlei Beziehungen nach Griechenland.

Schon im März 1889 hatte Gibbs bei von Bleichröder angefragt, ob er Interesse habe, die Papiere von 1888 in Berlin für ihn zu verkaufen, da er gerade die zweite Tranche dieser Anleihe (277.200 von insgesamt 950.000 Pfund Sterling) heraus brächte.<sup>23</sup> Von Bleichröder hatte zwar abgelehnt, weil ihm die Sache zu unbedeutend erschienen war,

16 Zum Vergleich: die gesamten deutschen Portfolioinvestitionen im Ausland betragen im Jahr 1889 etwa 500 Mio. M.; siehe dazu ebd., S. 98.

17 Harvard Business School Boston, Nachlass Bleichröder (HBS/NBB), Loan Agreement and Prospectus, Loan Agreements 64.

18 Schaefer, Portfolioinvestitionen (wie Anm. 15), S. 321.

19 HBS/NBB, Loan Agreement and Prospectus, Loan Agreements 64.

20 Παντελάκης, Νίκος Σ. [Pantelakis, Nikos S.]: Δημόσια δάνεια (1847-1939) [Catalogue of Public Loans (1847-1939)]. Αθήνα 1995, S. 156 ff.

21 Minoglou, Ioanna Pepelasis, The Rise and Fall of the House of Hambros in Greece, 1864-1940, in: Hubert Bonin (Ed.), Transnational Companies, 19<sup>th</sup>-20<sup>th</sup> centuries. Paris 2002, S. 401-417.

22 Vgl. Anm. 15.

23 LMA, MS 11.113-2-164, fol. 471, Gibbs an Bleichröder, 14. März 1889

aber bereits eine Beteiligung an einer größeren Konversionsanleihe in Aussicht gestellt.<sup>24</sup> Im Mai, als Hambro in Kooperation mit Gibbs den ersten Teil der 4% Rente 1889 herausbrachte (30 Mio. Francs) und Gibbs bereits fest die Emission des zweiten Teils plante, erklärte sich von Bleichröder sofort und ohne weitere Diskussion bereit, mit Gibbs zu kooperieren.<sup>25</sup> Noch im gleichen Monat wurde der Prospekt für die 4% Rente 1889 an der Berliner Börse genehmigt.<sup>26</sup> Von Bleichröder beteiligte sich gleichzeitig an einem Syndikat mit Gibbs, der Bank von Konstantinopel mit ihrer Athener Filiale und der Griechischen Nationalbank in Höhe von einer Million Pfund Sterling zur Stützung der griechischen Wertpapiere.<sup>27</sup> Im Juni schlug er Gibbs vor, den noch ausstehenden Teil der Rente auch in Berlin zu notieren – ein Angebot, das dieser annahm und für von Bleichröder hohe Gewinnchancen versprach.<sup>28</sup> Als von Bleichröder im Juli wegen des seit Mai von 77½ auf 74⅓/5 gefallenem Kurs der bisher emittierten Papiere Zweifel äußerte, beruhigte ihn Gibbs: Diese Schwäche sei auf die Krise in Kreta, vor allem aber – wie die schwache Börse allgemein – auf die Kriegsgefahr, das schlechte Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, die Probleme der französischen Innenpolitik sowie das Fiasko der Konvertierung der ägyptischen Anleihen zurückzuführen.<sup>29</sup> Diese Depression solle man nicht künstlich durch Stützkäufe zu verhindern versuchen, da sich die politische Lage im Orient langfristig zweifellos zum griechischen Vorteil entwickeln würde, auch wenn die Vorgänge die Papiere kurzfristig zum Sinken brächten.<sup>30</sup> Die Emission der zweiten Tranche der Rentenpapiere in London begann im Oktober.<sup>31</sup> Von Bleichröder war im November mit 643.720 Pfund Sterling am Syndikat für die 4% Rente von 1889 beteiligt.<sup>32</sup> Der zweite Teil der Rente (1.200.000 Pfund Sterling) wurde in Berlin dann allerdings erst im August 1890 über das Bankhaus Markus & Volkmar aufgelegt.<sup>33</sup>

Von Bleichröder machte mit seinem Anteil der Rente, der ungefähr 23 Mio. Francs betrug, einen Gewinn von 687.500 Francs (550.000 Mark), was etwa drei Prozent entsprach; den Bankiers, die bei ihm Unterbeteiligungen abschlossen, zahlte er 1⅞ Prozent.<sup>34</sup> Dieses Ergebnis übertraf ausdrücklich die Erwartungen der Bank, die mit weniger Gewinn gerechnet hatte. Dabei war dieser im Vergleich mit anderen Emissionen dieser Zeit eher mäßig, denn mit inländischen Wertpapieren erwirtschaftete von Bleichröder Gewinne von circa vier bis zehn Prozent.<sup>35</sup> Seine Russlandanleihen, zum Beispiel die

24 LMA, MS 11.113-2-164, fol. 479, Gibbs an Bleichröder, 18. März 1889.

25 LMA, MS 11.113-2-164, fol. 503 Gibbs an Bleichröder, 20. Mai 1889; fol. 508, Gibbs an Bleichröder, 21. Mai 1889; fol. 514, Gibbs an Bleichröder, 22. Mai 1889. – In London wurde die Anleihe am 24. Mai herausgebracht. Vgl. fol. 533, Gibbs an Bleichröder am 24. Mai 1889.

26 Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht (wie Anm. 15), S. 26 f.

27 LMA, MS 11.113-2-164, fol. 680, Gibbs an ETE, 5. Juni 1889.

28 LMA, MS 11.113-2-165, fol. 65, Gibbs an Bleichröder, 29. Juni 1889. – Gibbs hielt eine annähernde Verdoppelung des Kurses für nicht unwahrscheinlich.

29 LMA, MS 11.113-2-165, fol. 237, Gibbs an Bleichröder, 27. Juli 1889.

30 LMA, MS 11.113-2-165, fol. 271-3, Gibbs an Bleichröder, 2. August 1889.

31 LMA, MS 11.113-2-165, fol. 485, Gibbs an Trikoupis, 25. September 1889.

32 LMA, MS 11.113-2-165, fol. 710, Gibbs an Bleichröder, 12. November 1889.

33 Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht (wie Anm. 15), S. 28 f.

34 HBS / NBB, VIII Imelmann, Benvenuti (Berlin) an Bleichröder, 30. Dezember 1889.

35 Im Inland hatte Bleichröder ebenfalls große Summen in den Eisenbahnbau investiert, ferner in die Laurahütte, die Textil- und Benzinindustrie sowie die Hochseefischerei, um nur einige Beispiele zu

Emission von Obligationen für die russischen Eisenbahnen von 1889 in Höhe von 175 Mio. Goldrubel (700 Mio. Francs), von denen von Bleichröder 26<sup>11</sup>/<sub>12</sub> Prozent (also circa 188 Mio. Francs) übernahm,<sup>36</sup> brachten drei bis acht Prozent ein, also zum Teil ebenfalls deutlich mehr.<sup>37</sup> Die Summen zeigen zudem, dass das Geschäft mit Hellas, zum Beispiel im Vergleich zu Russland, (wenig überraschend) eher unbedeutend war. Dennoch waren die in Griechenland investierte Summen selbst für ein Bankhaus wie von Bleichröder, das in der Emission von Auslandsanleihen führend war, keine ‚Peanuts‘. Zum Vergleich: Von Bleichröders Privatvermögen wird für die letzten Jahre seines Lebens auf rund 125 Mio. Francs geschätzt.<sup>38</sup>

Ende 1889 hielt von Bleichröder 15 Mio. Francs (600.000 Pfund Sterling) der Rentpapiere selbst. Diese galt es nun an den Mann zu bringen, was so schwierig nicht war. Die ‚Wechsler‘ in Berlin zeigten sich sehr interessiert an den Papieren und das Bankhaus konnte größere Bestände realisieren, insbesondere zum Jahresende 1889. Denn am 27. Oktober 1889 fand die Hochzeit des griechischen Thronfolgers Konstantin I. mit Sophie von Preußen, der Schwester des frischgebackenen Kaisers Wilhelm II., unter großer Aufmerksamkeit der Medien statt. Von Bleichröder und Gibbs hatten mit einer positiven Reaktion der Berliner Börse auf diese Heirat gerechnet – und das zu Recht.<sup>39</sup> Da sich die Öffentlichkeit auf die politischen Absichten hinter der Eheschließung keinen rechten Reim machen konnte,<sup>40</sup> interpretierten zahlreiche Anleger diese als eine Art Garantieverprechen des Hauses Hohenzollern für das griechische Königshaus, ganz als würde es sich um eine bürgerliche Hochzeit handeln, in der der Schwiegervater beziehungsweise Schwager selbstverständlich die wirtschaftliche Bonität des Heiratskandidaten

nennen. Vgl. BArch Berlin, Verzeichnis des Nachlasses Bleichröder. Bei anderen Geldgeschäften mit Griechenland waren die Gewinne der Bankiers dagegen in der Tat außergewöhnlich hoch. So erhielten Gebrüder Bethmann 1887 einen Gewinnanteil von acht Prozent für eine Beteiligung von 10.000 £ an einem Kredit über 200.000 £ mit Option auf weitere 400.000 £ für die griechische Regierung. Vgl. Schaefer, Portfolioinvestitionen (wie Anm. 15), S. 322, Anm. 346.

36 Ebd., 241.

37 Fritz Richard Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder. München 2008, S. 619 f. – Daneben war die Bank in den Achtzigerjahren stark in Mexiko und Rumänien engagiert, ebenso im Osmanischen Reich, in Italien, Ungarn und Ägypten. Vgl. BArch Berlin, Verzeichnis Nachlass Bleichröder.

38 Heinrich Schnee, Bleichröder, Gerson v., in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Neue deutsche Biographie, Bd. II. Berlin 1955, S. 299.

39 LMA, MS 11.113-2-164, fol. 744, Gibbs an Bleichröder, 18. Juni 1889: „*On affirme que l'Empereur et l'Impératrice d'Allemagne vent se rendre à Athènes pour assister au mariage de leur fille avec le Duc de Sparte: espérons que ce voyage aura lieu et que l'effet en sera favorable.*“

40 Die Zeitgenossen taten sich schwer mit einer Interpretation der Eheschließung. So deutete sie die Allgemeine Zeitung am 1. November 1889 – in Anlehnung an ein Zitat aus der italienischen ‚Riforma‘ – als eine Annäherung Griechenlands an den Dreibund und als geeignet, die Stabilität im Mittelmeerraum zu stärken. Die Kreuzzeitung legte dagegen am 8. Oktober 1889 dar, dass solche Absichten vonseiten Griechenlands zwar bestünden, durch die Virulenz der Kreta-Frage jedoch konterkariert würden. Griechenland befände sich durch den Wunsch der Vereinigung mit Kreta in scharfem Gegensatz zum Osmanischen Reich, das man von deutscher Seite an den Dreibund heranzuziehen versuche, sodass Hellas keine Chance auf eine Annäherung an Deutschland habe. Die Anwesenheit von Wilhelm II. bei den Hochzeitsfeierlichkeiten in Athen sei ganz offensichtlich rein familiär motiviert. Vom dynastischen Standpunkt aus war die Partie mit einem Angehörigen des dänischen Hauses Sonderburg-Glücksburg, das über wichtige dynastische Bindungen in ganz Europa verfügte, in der Tat keine schlechte.

genau geprüft hätte.<sup>41</sup> De facto ging es Wilhelm II. in Übereinstimmung mit Otto von Bismarck jedoch wohl eher darum, in den innergriechischen Machtkämpfen die Partei des in Berlin ausgebildeten und Wilhelm verehrenden Kronprinzen Konstantin, den so genannten Kleinen Hof, auf eine friedliche Linie gegenüber dem Osmanischen Reich zu verpflichten. So hoffte man, dem Osmanischen Reich, in dem die deutsche Industrie stark involviert war, kriegerische Auseinandersetzungen ersparen zu können.<sup>42</sup> Wilhelm reiste sogar eigens zur Hochzeit seiner Schwester nach Athen,<sup>43</sup> was ihm im Anschluss Gelegenheit zu einer ausgedehnten Orientreise ins Osmanische Reich gab.

Die griechische Rente erfreute sich in dieser Situation gerade bei den deutschen ‚Kleinanlegern‘ großer Beliebtheit. Philhellenische Motive mögen, neben der imaginierten Sicherheit, gelegentlich eine Rolle gespielt haben: Überliefert ist zum Beispiel das Bekenntnis eines Professor Dr. Flach, seines Zeichens Chefredakteur einer nicht näher bestimmbar Zeitung und Familienvater, der aus Anhänglichkeit an die griechische Nation, „*deren Sprache und Schicksal mein Lebensstudium gebildet haben*“, 2.500 Francs in die Rente investiert hatte.<sup>44</sup>

Durch Valutagewinne wuchs der Gewinn von Bleichröders aus der Griechenlandrente Anfang 1890 sogar noch auf 875.000 Francs (700.000 Mark), also auf 3,8 Prozent an.<sup>45</sup> Das Geschäft mit dem Verkauf dieser Papiere lief besser als von Bleichröder ursprünglich erwartet hatte – nicht zuletzt, weil die Zeitungen positiv über das neue Budget der griechischen Regierung berichtet hatten, das mit einem Überschuss abschließen würde.<sup>46</sup> Noch im Mai und Oktober 1890 verkauften sich die Papiere in Berlin so gut, dass von Bleichröder nicht nur einen Großteil seiner Bestände realisieren konnte, sondern auch noch einen Teil für Gibbs losschlug<sup>47</sup> – zur großen Erleichterung von Bleichröders Berliner Angestelltem Alfred Benvenisti, der dem Griechenlandgeschäft offensichtlich nicht ohne Ängste gegenüberstand: „*Mit Gottes Hilfe werden wir auch von dieser Last*

41 Detaillierte Informationen über die Motivationslage der Anleger verspricht das Dissertationsprojekt von Robert Radu an der Universität Rostock: ‚Schwarze Freitage‘ – Massenmedien und Börsenkrisen (1870-1914).

42 Kostas Loulos, Deutsch-griechische Beziehungen im Schatten des Ersten Weltkriegs, in: Wolfgang Schultheiß / Evangelos Chrysos (Hrsg.), Meilensteine deutsch-griechischer Beziehungen. Beiträge eines deutsch-griechischen Symposiums am 16. und 17. April 2010 in Athen. Athen / Berlin 2010, S. 139-184, hier S. 141 f.; Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945. Stuttgart 21996, S. 99, spricht zu Recht von einer „*nicht mehr zu verkennenden Kompliziertheit der Konstruktion*“ des Bismarck’schen Bündnissystems in dieser Zeit.

43 Als Sophie später zum orthodoxen Glauben übertrat, brach Wilhelm mit ihr und verweigerte ihr für drei Jahre die Einreise nach Deutschland. Vgl. John C. G. Röhl, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik. München 1987, S. 106 f.

44 Griechisches Archiv für Literatur und Geschichte (Ελληνικό Λογοτεχνικό και Ιστορικό Αρχείο, kurz: ELIA), Nachlass Trikoupis, 16/106/d, Flach an Trikoupis, 17. April 1894. – Flach klagte Trikoupis nach dem griechischen Staatsbankrott sein Leid und bat um Rat, wie er größere Verluste vermeiden könne. Diese Absicht ist im Zuge der Quellenkritik natürlich zu bedenken. Eine Antwort des Ministerpräsidenten ist nicht überliefert. Eine Fülle ähnlicher Zuschriften findet sich in ELIA, 22/1-14.

45 HBS / NBB VIII Imelmann, Benvenisti an Bleichröder, 1. Januar 1890.

46 HBS / NBB VIII Imelmann, Benvenisti an Bleichröder, 30. Dezember 1889.

47 LMA, MS 11.113-2-166, fol. 82, , 27. Mai 1890; fol. 121, Gibbs an Bleichröder, 1. August 1890.



*befreit werden.*<sup>48</sup> Dass die Banker das Geschäft durchaus skeptisch betrachteten und die Wertpapiere so schnell wie möglich loswerden wollten, hätte klarer kaum formuliert werden können. Mit diesen Details der Emission wird die Frage also noch drängender und rätselhafter: Warum ließ von Bleichröder sich auf das wenig Gewinn versprechende, aber nach Einschätzung seines Mitarbeiters hoch riskante Geschäft ein? Die überlieferten Quellen lassen – ebenso wie die zurückhaltend geringe Summe – nicht unbedingt darauf schließen, dass er in Hellas einen ‚emerging market‘ sah, für den sich das Risiko auf alle Fälle lohnte wie zum Beispiel in Rumänien, wo er große Summen investierte.<sup>49</sup> Auch eine direkte Beeinflussung durch die Rothschilds, mit denen von Bleichröder eng kooperierte, lässt sich nicht nachweisen.<sup>50</sup> Andere Faktoren müssen also bei der Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Da Fritz Stern in seiner Arbeit über von Bleichröder diesen als dezidiert politisch denkenden Menschen beschreibt, der in engem Kontakt zu den Berliner Kreisen der Diplomatie stand, scheint die Suche nach Indizien im Archiv des Auswärtigen Amtes lohnend. Wie dachte man hier über Chancen und Risiken von Investitionen in Griechenland? Die Frage kann an die Forschungsliteratur zum Verhältnis von Banken und Imperialismus anknüpfen – ein gründlich bearbeitetes Feld der Wirtschaftsgeschichte.<sup>51</sup>

#### IV. Das Auswärtige Amt und die Investitionen in Griechenland

Noch Mitte der Siebzigerjahre beurteilten die deutschen Diplomaten in Athen die Erfolgchancen beziehungsweise Gewinnaussichten der griechischen Infrastrukturprojekte wie auch die Chancen der Industrialisierung allgemein sehr zurückhaltend. Sehr gut zeigen lässt sich das am Beispiel des Eisenbahnbaus, dessen Beginn in Südeuropa mit Spannung verfolgt wurde, hatte er doch in Mitteleuropa die Industrialisierung in ungeahntem Ausmaße beflügelt. Dennoch blieben die Diplomaten zunächst skeptisch, zum Beispiel im Fall der geplanten Strecke von Piräus über Lamia bis zur türkischen Grenze, die einen Anschluss des griechischen Netzes an das europäische über den Balkan ermöglichen sollte. Es sei lediglich die *„leicht erregbare Phantasie des Griechen“*, die auf der *„großen*

48 HBS / NBB VIII Imelmann, Benvenuti an Bleichröder, 1. Januar 1890.

49 Stern, Gold (wie Anm. 37), S. 490-547.

50 Bleichröder etablierte sich in Berlin anfangs vor allem durch seine enge Beziehung zu den Rothschilds. Da diese seit den 1850er-Jahren in scharfer Konkurrenz zu den Brüdern Pereire standen, deren Geschäftspartner Hottinguer, Eichthal und Oppenheim ebenfalls in Griechenland aktiv waren, könnte man mutmaßen, dass Bleichröder im Auftrag der Rothschilds versuchte, den griechischen Markt nicht kampfflos der Konkurrenz zu überlassen. Auf einen solchen Zusammenhang finden sich allerdings in seinen Briefen aus dem Jahr 1889 im Rothschildarchiv in London (RAL) keine Hinweise (RAL, XI/63/17), ebenso wenig wie in jenen an die französischen Rothschilds (Archives Nationales du Monde du Travail, 132 AQ 2 P 0582 und 0583). Erschwert werden die Recherchen hier allerdings durch Bleichröders schwer lesbare Handschrift.

51 Siehe zum Beispiel Boris Barth, Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914 (Beiträge zur Kolonial- und Überseegegeschichte 61). Stuttgart 1995; Schaefer, Portfolioinvestitionen (wie Anm. 15). Eine lesenswerte Zusammenfassung mit umfassendem Literaturüberblick bietet jüngst Verena von Wiczlinski, Im Zeichen der Weltwirtschaft. Das Frankfurter Privatbankhaus Gebr. Bethmann in der Zeit des deutschen Kaiserreichs 1870-1914 (Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung 23). Stuttgart 2011, S. 63-72.

*internationalen Heerstraße die Reichtümer zweier Weltreiche in sein Land hereinziehen*“ sähe, wie der deutsche Gesandte Gustav Hirschfeld urteilte. Weder für den griechischen noch für den internationalen Handel würden sich diese Hoffnungen aber wohl erfüllen.<sup>52</sup> Noch Mitte der Achtzigerjahre war die Position in wirtschaftlichen Fragen im Hinblick auf Hellas eher von Zurückhaltung geprägt.<sup>53</sup> Dass die deutschen Banken dort bisher kaum engagiert waren, schien den Diplomaten kein Schaden zu sein. Kein Wunder, überschritt doch zum Beispiel im Jahr 1885, als die Griechen während des serbisch-bulgarischen Krieges ihre Truppen mobilisierten, das griechische Haushaltsdefizit mit 66 Mio. Francs bereits die ordentlichen Einnahmen des Staates in Höhe von 63 Mio. Francs.<sup>54</sup> Zudem spielte Griechenland in der internationalen Bündnispolitik Otto von Bismarcks eine völlig untergeordnete Rolle. Zwar unterstützte der Reichskanzler 1878 auf dem Berliner Kongress noch die hellenischen Forderungen gegenüber dem Osmanischen Reich – allerdings nur, um die orientalische Frage weiter virulent zu halten und die an ihr direkt interessierten Kontrahenten Russland, Österreich und das Osmanische Reich so zu beschäftigen, dass sie ihrerseits keine Bündnisse gegen das Deutsche Reich schmieden konnten. Griechenland war ihm dabei, wie auch die anderen Balkanstaaten, reines Mittel zum Zweck.<sup>55</sup> Der Saturiertheit des Deutschen Reiches im Mittelmeerraum, die von Bismarck propagierte, entsprach die einhellige Haltung der Diplomaten vor Ort. Wer wollte in so einem Land also schon sein Geld investieren? Diese Geschäfte überließ man getrost anderen.

Dies sollte sich jedoch in den nächsten Jahren ändern. Schon seit der Wiederzulassung Griechenlands an den europäischen Börsen 1879 hatte der Staat damit begonnen, Aufträge für verschiedene Eisenbahnprojekte auszuschreiben und sein Schienennetz expansiv auszubauen, während Ministerpräsident Trikoupis gleichzeitig das Steuersystem von Grund auf reformierte und die Staatseinnahmen damit fast verdoppelte.<sup>56</sup> Gab es zu Beginn der Kapitalaufnahme gerade einmal zehn Kilometer Eisenbahnlinie in ganz Hellas (nämlich die 1868 in Betrieb genommene Strecke von Piräus nach Athen), so waren bis 1888 die Strecken Volo – Larissa und Volo – Tricala – Kalambaka mit 225 km und die Peloponnes-Bahnen mit 365 km vollendet. Linien von Patras nach Pyrgos und von

52 BArch Berlin, R 901/15278, Gutachten ‚Das Projekt einer Eisenbahn von Piräus über Lamia an die türkische Grenze‘, Athen, 21. November 1875, als Anlage zu einem Brief der deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 21. November 1875.

53 So schrieb der deutsche Generalkonsul Oberg aus Piräus Anfang Januar 1884 an das Auswärtige Amt: „*Ich bin nicht im Stande zu beurteilen, ob sich eine Betheteiligung deutscherseits an diesem Unternehmen empfehlen lässt...*“ Vgl. BArch Berlin, R 901/15278, Generalkonsul Oberg an das Auswärtige Amt, 3. Januar 1884. Zu diesem Zeitpunkt zeigte vor allem das Bankhaus Erlanger in Frankfurt beziehungsweise Paris Interesse an dem Projekt, allerdings ohne für die Verhandlungen die Dienste der deutschen Botschaft Athen anzufragen. Vgl. BArch Berlin, R 901/15278, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 10. November 1884.

54 Ein Großteil dieses Geldes wurde naturgemäß für Rüstung ausgegeben, auch bei der Firma Krupp. Diese erhielt im Jahr 1885 aus Griechenland Rüstungsaufträge im Wert von 1.090.840 RM. Vgl. Krupp-Archiv, WA 4/1031.

55 Konstantin Kosev, Die Orientpolitik Preussen-Deutschlands in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts und die Befreiung Bulgariens, in: Ralph Melville (Hrsg.), Der Berliner Kongreß von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wiesbaden 1982, S. 71-81.

56 Ausführlich dazu Psalidopoulos / Schönhärl, Staatsverschuldung (wie Anm. 7).

Nauplia nach Kalamata waren im Bau.<sup>57</sup> Der Eisenbahnbau in Mitteleuropa, der sich in den vergangenen Jahrzehnten für die Anleger als äußerst lukrativ erwiesen hatte, schien hier also gerade auf seinen Take-off zuzusteuern – kein Wunder, dass diese Situation die Euphorie der Investoren beflügelte. Die Aufträge für den Bau und das Material für diese Strecken gingen zum überwiegenden Teil an ausländische Firmen, weil es die entsprechenden Maschinen und Materialien, aber auch das Know-how ebenso wenig wie das benötigte Kapital in Griechenland selbst nicht gab. Die Finanzierung lief zum Teil über Aktiengesellschaften, die das Nutzungsrecht für die Strecken für eine bestimmte Anzahl von Jahren erhielten und ihren Aktionären nach Aufnahme des Betriebes Dividenden auszahlten, soweit sie mit Gewinn betrieben werden konnten.<sup>58</sup> Als zweite Möglichkeit nahm der griechische Staat direkt Geld in Form von Anleihen an den internationalen Börsen auf, um damit Subventionen für bestimmte Streckenabschnitte zu bezahlen beziehungsweise Subunternehmer zu engagieren, die die Strecken bauten. In jedem Fall stellten die Aufträge eine interessante Ressource da, um die ein reger Wettbewerb zwischen verschiedenen europäischen Konsortien und Firmen entbrannte.<sup>59</sup>

Die deutschen Diplomaten beobachteten nun, dass die Verteilung der Aufträge maßgeblich durch die Kapitalströme an den internationalen Börsen beeinflusst wurde. In den Ausschreibungen waren stets Bewerber aus denjenigen Ländern erfolgreich, aus denen auch die Bankiers stammten, die die Bauten finanzierten beziehungsweise die Aktien der entsprechenden Gesellschaften emittierten. Bei den großen Infrastrukturprojekten kamen deshalb selten deutsche Anbieter (insbesondere die Firma Krupp hatte sich für einige Eisenbahnprojekte beworben<sup>60</sup>), sondern vielmehr Franzosen oder Belgier zum Zuge: *„Frankreich, Belgien und England laufen uns in dieser Beziehung hier offenbar den Rang ab.“*<sup>61</sup> Aufseiten der Diplomaten stieß dies auf wenig Verwunderung, da französische, belgische und britische Banken auch das benötigte Kapital zur Verfügung stellten. Wollte man die Auftragslage für deutsche Firmen verbessern, so müsse man die deutschen Kapitalisten zu Investitionen ermuntern und das Geld der deutschen Börsen nach Griechenland lenken: *„Noch weit größer aber könnte der Erfolg dieser Industrie hier sein, wenn dieselbe, wie dies auf belgischer Seite der Fall, an dem nationalen Kapital und dem nationalen Unternehmungsgeiste einen Rückhalt fände. Insofern nun auch der vorliegende Bericht dazu beitragen könnte, die deutschen Kapitalisten-Ingenieure und Unternehmerkreise für diese gewinnbringenden Bauten in höherem Maße als bisher*

57 BArch Berlin, R 90/1539, Georgii & Harr, Griechenlands Finanzen im Jahr 1888 und seine handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland, S. 11 [als Handschrift gedruckt].

58 Vgl. die Übersicht über die Strecken, den aktuellen Kurs der Aktien und die ausgezahlten Dividenden in ebd., S. 14 ff. Hier ist jeweils auch verzeichnet, welche Lieferaufträge an deutsche Firmen gingen und aus welchem Land das Kapital stammte.

59 Den Zusammenhang zwischen Kapitalexport und Aufträgen für die heimische Wirtschaft betont Herbert Feis, *Europe the World's Banker, 1870-1914. An Account of European Foreign Investment and the Connection of World Finance with Diplomacy before the War*. Clifton, NJ 1974.

60 Die Firma Krupp war auch an der oben zitierten Denkschrift von Georgii beteiligt. Zweck der Schrift sei es, den Kapitalexport nach Griechenland zu erhöhen, um die Exportchancen Deutschlands nach Griechenland zu verbessern. Vgl. BArch Berlin, R 901/1539, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Dezember 1888. Das Hauptgeschäft der Firma Krupp in Griechenland war allerdings der Waffenexport, der in den 1880er-Jahren florierte.

61 BArch Berlin, R 901/1539, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Dezember 1888.

der Fall zu interessieren, möchte ich mir erlauben, dessen Vermarktung in der Presse unmaßgeblich anheimzustellen.“<sup>62</sup> Die in Griechenland aktiven deutschen Handelsvertreter teilten diese Einschätzung rückhaltlos: Der Grund für die schlechte Auftragslage der deutschen Unternehmen sei „in dem Mangel an Theilnahme des deutschen Kapitals an hiesigen grösseren Unternehmungen zu suchen, denn naturgemäss wird die Export-Industrie eines Landes aus der Betheiligung seines Kapitals an fremdländischen Unternehmungen direkten Nutzen ziehen.“<sup>63</sup> Der Tenor der Berichte, die von Bismarck regelmäßig erreichten, war eindeutig: Um weitere Aufträge für die deutsche Industrie in Griechenland akquirieren zu können, müssten sich die deutschen Bankiers dort endlich stärker engagieren. Die aufstrebende griechische Wirtschaft solle die deutschen Investoren von ihren Erfolgchancen überzeugen.<sup>64</sup> Das Risiko hielten die Diplomaten für überschaubar oder zumindest erträglich, auch wenn sie es durchaus nicht übersahen: „Nicht minder, daß die Griechischen Staatspapiere eine eben so sichere und vielleicht sicherere Geldanlage abgeben, als viele andere an der Berliner Börse gehandelte Werthe. Daß dies sich einmal ändern kann, ist zuzugeben, nicht aber, daß es sich ändern muß. Unternehmungen aber bei denen viel zu gewinnen ohne jedes Risiko, gibt es wohl heutzutage überhaupt kaum irgendwo.“<sup>65</sup>

Mit umso mehr Bedauern bemerkten die Diplomaten die Zurückhaltung der deutschen Bankiers in Sachen Hellas.<sup>66</sup> Deren erste vorsichtige Versuche fielen auch nicht gerade ermutigend aus: Zwar führte schon im Sommer 1888 das Frankfurter Bankhaus Erlanger und Söhne 600.000 £ der griechischen 4% Monopol-Anleihe von 1887 in Frankfurt am Main ein,<sup>67</sup> die der Londoner Zweig des Hauses emittiert hatte, aber die Zeitungen

62 BArch Berlin, R 901/15279, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 2. Juni 1889.

63 BArch Berlin, R 90/11536, Moral, Felix (Civil-Ingenieur, vormals deutscher Handels-Verein in Berlin, technisches Bureau in Athen), Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1889/1890 und Mittheilungen von allgemeinem Interesse über die industriellen Verhältnisse Griechenlands.

64 So auch BArch Berlin, R 90/1539, Georgii & Harr, Griechenlands Finanzen im Jahr 1888 und seine handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland, S. 14 [als Handschrift gedruckt]. Die Autoren streichen die glänzenden Möglichkeiten für die deutsche Industrie heraus: „...es sind alle Vorbedingungen vorhanden, ein fruchtbares Arbeitsfeld mit Erfolg zu kultivieren, wenn nur das deutsche Kapital sich auch für Griechenland interessieren wollte. Dies herbeizuführen ist der Zweck dieser Zeilen.“ Teilweise drängten die Diplomaten auch Industrievertreter zu einem erhöhten Engagement in Griechenland, obwohl diese eher skeptisch waren. So versuchte der deutsche Gesandte LeMaitre 1888 einen Vertreter der Firma Krupp zu motivieren, der stattdessen eher die Grenzen des Krupp'schen Interesses aufzeigte und an den Kenntnissen seines Gesprächspartners in Sachen Eisenbahnbau zweifelte. Vgl. Krupp-Archiv WA 4/1031, Abschriften der Berichte von Geh. Rat Jeneke über den Besuch beim dt. Gesandten LeMaitre, 29. November 1888.

65 BArch Berlin, R 901/1539, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 27. Dezember 1888.

66 Diese Zurückhaltung ist typisch für das Verhalten der Bankiers im Zeitalter des Imperialismus, die sich selten von den Wünschen der Politik, insbesondere der Berücksichtigung nationaler Gesichtspunkte bei der Auswahl der Investitionsländer, beeindrucken ließ. Sie setzten zum Beispiel auf internationale Kooperationen zur Risikostreuung, was kaum im Interesse der Politik lag, ebenso wenig wie der ‚finanzielle Pazifismus‘ der international vernetzten Finanzeliten. Vgl. Wiczlinski, Zeichen (wie Anm. 51), S. 66.

67 600.000 £ von 5.400.000 £, Emissionskurs 72,30. Vgl. Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht (wie Anm. 15), S. 124 f.

reagierten darauf mit Schmähartikeln:<sup>68</sup> Die „*Moralität und Gewissenhaftigkeit griechischer Schuldner*“ stünde womöglich noch tiefer als die der Türken und die griechischen Staatsfinanzen seien völlig zerrüttet: „*Dass eine griechische Anleihe auf den deutschen Effectenmarkt gebracht werden könne, ist ein sehr böses Zeichen der Zeit!*“<sup>69</sup> So überrascht es nicht, dass die Banken bei einem solchen Echo vorsichtig blieben. Jeder trotz dieser Zurückhaltung der Bankhäuser erteilte Auftrag an eine deutsche Firma wurde von den Diplomaten als Vertrauensvorschuss für deutsche Qualität gefeiert, so zum Beispiel der an Harkort aus Duisburg, der trotz des im Vergleich zur belgischen Konkurrenz höheren Preises erteilt wurde.<sup>70</sup> Es gab sogar eine ganze Reihe unterschiedlicher Aufträge für Firmen aus Deutschland, obwohl sich das Kapital noch zurückhielt, der Industrie nach Hellas zu folgen. Für derartige Aufträge waren die Chancen gerade dann besonders hoch, wenn griechische Unternehmen die Bauaufträge erhielten, denn diese waren sehr wohl zu Einkäufen im Reich zu bewegen. So konnte für die Strecke Pyrgos-Catocolo die Firma Krauss-München die Maschinen und der Bochumer Verein die Schienen liefern, ebenso wie für die Peloponnesbahnen, für die die Gutehoffnungshütte zusätzlich noch die Brücken fertigte. Gleiches galt für die Strecke Patras-Pyrgos, für die Aufträge in einem Gesamtvolumen von sechs Millionen Mark nach Deutschland vergeben wurden. Die ebenfalls von einer griechischen Gesellschaft erbauten attischen Bahnen nahmen Schienen aus Ruhrort und Wagen aus Esslingen ab.<sup>71</sup> Die großen Aufträge für die Firma Krupp im Bereich der Rüstungsgüter wurden weiter oben schon erwähnt. Diese Einzellieferungen für die verschiedenen Projekte reichten in den Augen der Diplomaten allerdings nicht aus, man sah viel größere Chancen. Auf alle möglichen Projekte, zum Beispiel den Ausbau der Wasserversorgung für Athen und Piräus im Jahr 1890, bei dem die Deutschen das Baumaterial liefern könnten, versuchte man „*das Interesse von dt. Kapitalisten*“ zu ziehen.<sup>72</sup>

Offensichtlich ging es den Diplomaten darum, der deutschen Wirtschaft durch ein finanzielles Engagement in Hellas Vorteile im Wettbewerb um die knappen Aufträge für die internationale Industrie zu verschaffen. Mit großem Interesse wurden so auch die weiteren Verhandlungen über den Ausbau der oben schon erwähnten Linie Athen – Larissa – türkische Grenze beobachtet. Für dieses Projekt lagen, nach zahlreichen gescheiterten Versuchen,<sup>73</sup> 1888/89 drei Offerten vor.<sup>74</sup> Neben den englischen Ban-

68 BArch Berlin, R 901/1539, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 12. Oktober 1888. – Die Berichterstattung bezog sich auf die Artikel ‚Eine griechische Anleihe‘, in: Der deutsche Ökonomist, 14. Juli 1888, sowie ‚Ein Protest‘, in: Handelszeitung des Berliner Handelsblatts, 10. Juli 1888.

69 ‚Eine griechische Anleihe‘, in: Der deutsche Ökonomist, 14. Juli 1888.

70 BArch Berlin, R 901/15279, Deutscher Generalkonsul Oberg in Patras an das Auswärtige Amt, 23. Mai 1889.

71 BArch Berlin, R 90/1539, Georgii & Harr, Griechenlands Finanzen im Jahr 1888 und seine handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland, S. 14 ff. [als Handschrift gedruckt].

72 BArch Berlin, R 901/1536, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 19. Juli 1890.

73 Die Verhandlungen hatten sich 1875 intensiviert und 1884 hatte sich auch der Frankfurter Zweig des Bankhauses Erlanger für das Geschäft interessiert. Vgl. BArch Berlin, R 901/15278, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 10. November 1884.

74 BArch Berlin, R 901/15278, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 30. August 1888.

kenkonsortien Seligmann-Lafayette und Watson-Pierson hatte auch ein internationales Konsortium aus dem Comptoir d'Escompte, der Länderbank Wien sowie der Deutschen Bank Interesse gezeigt.<sup>75</sup> Für die Deutsche Bank stellte die Option des Baus der griechischen Bahn wohl die natürliche Fortsetzung ihres Engagements im Osmanischen Reich dar (wo sie pikanterweise im gleichen Jahr 1888 von Bleichröder bei der Ausschreibung um die Konzession der Anatolischen Bahn hatte ausstechen können<sup>76</sup>). Einfach wurde es den Deutschen jedoch nicht gemacht, denn die griechische Regierung hatte durch die vielen Bewerber eine starke Verhandlungsposition. Nicht nur verminderte sie die anfangs angekündigte Zinsgarantie von sechs auf fünf Prozent. Daneben verlangte sie auch, das Konsortium müsse sich selbstständig in Konstantinopel die Konzession für den Anschluss der griechischen Strecke an die türkische besorgen und für den Fall, dass sie diese nicht würde erwirken können, eine hohe Konventionsstrafe zahlen. Die Deutschen rechneten sich wegen ihrer guten Beziehungen zur Osmanischen Regierung in Sachen Orientbahn gute Chancen aus und Trikoupis schien, wie er dem deutschen Botschafter darlegte, von ihrem Angebot auch sehr angetan zu sein.<sup>77</sup>

Die ständige Verschärfung der Ausschreibungskonditionen wollte die Deutsche Bank aber nicht mittragen und lehnte schon im Februar 1889 die Bedingungen der griechischen Regierung ab, die ihr nicht mehr attraktiv erschienen.<sup>78</sup> Im März 1889 brach dann das Comptoir d'Escompte zusammen, was das Konsortium zumindest vorläufig sprengte. Die griechische Regierung entschied sich in der Folge, eine Auslandsausleihe aufzunehmen und den Auftrag an Subunternehmer weiterzugeben statt mit Zinsgarantien zu arbeiten. Die Deutsche Bank griff ihre Bemühungen daraufhin noch einmal auf und entsandte ihren Vertreter Alfred von Kaulla zu Verhandlungen nach Konstantinopel.<sup>79</sup> Die deutsche Diplomatie war derweil eifrig bemüht, für diese Finanzgruppe zu werben, auch im persönlichen Gespräch mit Trikoupis.<sup>80</sup> Der Konkurrenz, zum Beispiel aus Belgien, wünschte man demgegenüber nur das Schlechteste: So sei es doch recht bedauerlich, wurde nach Berlin gemeldet, dass „*die Belgier hier noch bei weitem nicht so diskreditiert und in Ungnade gefallen sind, als für unsere Interessen vielleicht wünschenswert wäre.*“<sup>81</sup> Zugleich ließen die Diplomaten keinen Zweifel daran aufkommen, dass mit den Liefer- und Bauaufträgen nur Firmen aus demjenigen Land betraut werden würden, aus dem auch das Kapital stammte.

75 BArch Berlin, R 901/15279, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 14. Februar 1889.

76 Wiczlinski, Zeichen (wie Anm. 51), S. 260.

77 BArch Berlin, R 901/15279, Deutscher Gesandter Le Maistre an das Auswärtige Amt, 14. Februar 1889.

78 BArch Berlin, R 3101/7401, Deutsche Gesandtschaft Athen an das Auswärtige Amt, 14. Februar 1889.

79 BArch Berlin, R 901/15279, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Mai 1889. – Alfred von Kaulla war der Direktor der Württembergischen Vereinsbank und führte die Verhandlungen mit Konstantinopel für die Deutsche Bank.

80 BArch Berlin, R 301/7401, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Mai 1889. – Trikoupis zeigte sich aber plötzlich an dem Anschluss ans europäische Netz gar nicht mehr so sehr interessiert, sondern betonte vielmehr, man sei mit der Türkei verhandlungsmüde und wolle sich zunächst auf den griechischen Teil konzentrieren.

81 BArch Berlin, R 301/7401, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Mai 1889. – Lesart von „*Interessen*“ ungewiss.

War der Druck der Diplomatie der Grund dafür, dass zur gleichen Zeit ausgerechnet Otto von Bismarcks enger Vertrauter und Hausbankier Gerson von Bleichröder sich zu einer Emission bereitfand und dem Konsortium für die 4% Rente von 1889 beitrug? Da von Bismarck und von Bleichröder sich sehr häufig, teilweise sogar täglich trafen, ist ihr reger Meinungsaustausch nur schwer zu rekonstruieren – und man ist geneigt, mit Fritz Stern die katastrophalen Folgen der mündlichen Kommunikation für den Historiker zu beweinen. Überredete von Bismarck von Bleichröder im Interesse der deutschen Industrie? Immerhin lässt sich belegen, dass von Bleichröder seinen Einfluss später – allerdings von Bismarcks Entlassung – in Sachen Griechenland durchaus zu nutzen wusste. So berichtete der griechische Diplomat Coronio zwei Jahre später seinem Ministerpräsidenten Trikoupis, von Bleichröder würde den Versuch unternehmen, seine Regierung davon zu überzeugen, „*envoyer un homme compétent attaché à légation Athènes*.“<sup>82</sup> Die griechischen Diplomaten in London bezogen von ihm außerdem Informationen über die von der deutschen Regierung vertretenen Standpunkte.<sup>83</sup>

In eine andere Richtung weist die Überlieferung des Foreign Office, die anlässlich der Hochzeit Sophies von Preußen am 27. Oktober 1889 in Athen entstand. Den Akten ist zu entnehmen, dass der britische Gesandte Sir Edmund Monson gegenüber dem im Zuge der Feierlichkeiten angereisten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herbert von Bismarck, dem Sohn Otto von Bismarcks, seine Befürchtungen wegen des Kriegsgeschreis äußerte, das der griechische Ministerpräsident kurz zuvor im Parlament angestimmt hatte. Konnte von Bismarck nichts tun, um ihn friedlicher zu stimmen? Von Bismarck ließ gegenüber Monson keinen Zweifel daran, dass das Deutsche Reich – ebenso wenig wie die anderen Großmächte – nicht für Griechenland eintreten werde, sollte es tatsächlich das Wagnis kriegerischer Auseinandersetzungen eingehen. Zwar würde es ihm große Sorge bereiten, die Kronprinzessin in einem Land zurückzulassen, das sich derartigen Gefahren aussetze. Es könne aber keine Rede davon sein, dass die königliche Eheschließung politische Implikationen nach sich zöge: „*Germany would never move her little finger to save Greece from the expenses of her own folly*.“<sup>84</sup> In einem Gespräch mit Trikoupis, das Monson arrangierte, legte von Bismarck dem griechischen Ministerpräsidenten schließlich schonungslos dar, dass seine aggressive Politik nicht nur der Sympathie der Großmächte für sein Land abträglich wäre, sondern auch „*cause of heavy financial prejudice to Greece*“ sein würde.<sup>85</sup> Gewiss kann sich diese Formulierung auf die Kosten eines eventuellen Krieges beziehen, und der nach London berichtende Monson verstand sie vielleicht auch in diesem Sinne. Sie lässt sich durchaus auch als eine Drohung verstehen, dass von Bleichröder das Griechenlandgeschäft platzen zu lassen und dem Land so empfindliche finanzielle Nachteile zuzufügen. Die weiteren Ereignisse bestätigten diese Interpretation. Die Situation zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich eskalierte vorerst nicht, und die Anleihe wurde wenige Monate später – wie geplant – abgewickelt. Von

82 ELIA, Nachlass Trikoupis, 16/64/g, Telegramm M. Coronio an Trikoupis, 8. Oktober 1892. – Coronio schrieb weiterhin, dass Bleichröder bereitwillig seine Schalter für eine griechische Anleihe öffnen würde, wenn ihm die französische Regierung dazu raten würde.

83 ELIA, 20/3/g, Griechischer Gesandter Theotokis an Trikoupis, 18. und 30. März 1893.

84 The National Archives, Foreign Office (TNA, FO), 286-393, Monson, britische Gesandtschaft Athen, an Salisbury, Foreign Office, 28. Oktober 1889.

85 TNA, FO, 286-393. Monson, britische Gesandtschaft Athen, an Salisbury, 31. Oktober 1889.

Bleichröder führte das Geschäft durch, für das sich – trotz des anhaltenden Drängens der deutschen Diplomaten – so lange keine Interessenten gefunden hatten.<sup>86</sup>

## V. Enttäuschte Hoffnungen

Im Hinblick auf das Eisenbahngeschäft ging die Rechnung der deutschen Diplomatie nicht auf. Der Auftrag für die Eisenbahnlinie zur türkischen Grenze, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte, ging bereits im Juni 1889 an die englische Gesellschaft Godfrey, Eckerley and Liddeton,<sup>87</sup> finanzielle Unterstützung leistete die Bank Seligmann-Brothers.<sup>88</sup> Der griechischen Regierung blieb dank ihrer starken Verhandlungsposition ein ‚Tied Loan‘ erspart, das sie automatisch mit dem Kreditgeber auch an ein Bauunternehmen gebunden hätte. Stattdessen hatte sie eine Pauschale ausgeschrieben, und zwar zu dem ungewöhnlich niedrigen Preis von 140.000 Francs pro Kilometer. Die englische Gesellschaft hatte diese akzeptiert und war somit als Sieger aus dem „industriellen Wettkampf“<sup>89</sup> hervorgegangen. Die deutschen Diplomaten vermuteten vor dem Hintergrund wachsender nationaler Gegensätze hinter diesem unrentablen Engagement eine langfristige Strategie. Die Engländer würden sich, „wenn das Land mit englischen industriellen Niederlassungen aller Art überzogen sein wird, und die englischen Ingenieure das Land näher kennen gelernt haben werden, [...] von anderen lukrativeren Unternehmungen schadlos“ halten wollen. Dass die Deutschen nicht zum Zuge gekommen waren und offensichtlich in der letzten Runde nicht einmal mehr ein Angebot abgegeben hatten (der Gruppe um die Deutsche Bank war der Preis wohl nicht akzeptabel erschienen), wurde sehr bedauert: „Das Fernbleiben der deutschen Industrie aus diesem Wettbewerb ist in ihrem eigenen Interesse sehr zu beklagen. Auf lange Zeit hin dürften insbesondere die deutschen Eisen- und Maschinenwerke den dominierenden englischen Einfluss auf dem griechischen Markte schmerzlich empfinden, den nach und nach völlig zu erwerben sie keine geringen Aussichten hatten. Unter den gegebenen Verhältnissen könnte höchstens

86 Den Weg der informellen Beeinflussung der Bankiers durch die Politik beschreibt Herbert Feis. Er unterscheidet diese Einflussnahme von der durch das britische Foreign Office, das zumindest offiziell kaum Einfluss auf die Investitionstätigkeit der Banken nahm, und der französischen, die sehr direkt und unverblümt den Banken Vorschriften zu machen versuchte. Vgl. Feis, *Europe* (wie Anm. 59), S. 85 f.

87 Die Gesellschaft konnte den Bau allerdings auf Grund technischer und anderer Probleme nicht vollenden. 1893 forderte die griechische Regierung deshalb einen deutschen Schiedsrichter an, der zwischen ihr und der Gesellschaft schlichtete. Vgl. BArch Berlin, R 901/15280, *Frankfurter Zeitung* vom 13. Juli 1893. 1898 wurde die Konzession neu vergeben und die Deutsche Bank zeigte sich wiederum lebhaft interessiert, die Linie im Anschluss an die Orientbahnen mitzubauen. Georg von Siemens reiste dafür eigenes nach Athen. Vgl. BArch Berlin R 901/80106, *Vossische Zeitung* vom 24. November 1889. Der Auftrag ging dann aber an das Eastern Railway Construction Syndicate. Das Projekt wurde von englischen und französischen Investoren finanziert, darunter auch Emil Erlanger. Vgl. BA R 901/80106, *Frankfurter Zeitung* vom 28. März 1900. Diese bauten die Strecke bis 1908 zu Ende, auch wenn der Anschluss ans türkische Netz nicht gelang.

88 Seligmann überwies die Kautions von 80.000 £ ausgerechnet über Gibbs an die griechische Regierung. Vgl. LMA, MS 11.113-2-165, fol. 288, Gibbs an den griechischen Minister Gennadios, 7. August 1889.

89 BArch Berlin, R 3101/7401, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 27. Juni 1889.



*bei der Finanzierung des Geschäfts, welche wahrscheinlich durch Aufnahme einer Anleihe unter Beteiligung des Hauses Bleichröder erfolgen wird, für das deutsche Kapital Gewinn abfallen.*<sup>90</sup> Wie wir gesehen haben, hielt sich selbst dieser Gewinn in Grenzen.

Festzuhalten bleibt, dass sich von Bleichröder in anderer Weise engagiert hatte als es von den Diplomaten erwartet wurde. Zum einen emittierte er die Rente in Kooperation mit zwei englischen Bankhäusern, also keineswegs im nationalen Alleingang, für den die Diplomaten unter imperialistischen Erwägungen plädiert hatten. Außerdem hatte er auch nicht dafür gesorgt, dass das Geld für Infrastrukturaufträge zweckgebunden vergeben, sondern vielmehr für die Konvertierung alter Anleihen bestimmt wurde. Der Bankier hatte also – wie von den Diplomaten erhofft – in Hellas investiert, hatte sich in den weiteren Details aber in keiner Weise deren Wünschen gefügt. Vielmehr hatte er sich wohl an von Bismarcks strategischen Bedürfnissen orientiert, der eine andere Agenda verfolgt haben dürfte als seine Diplomaten und Generalkonsuln vor Ort. Auch hatte sich die Hoffnung als trügerisch erwiesen, das Engagement des renommierten Bankhauses werde die Türen für weitere deutsche Investitionen öffnen. Lediglich die Nationalbank für Deutschland beteiligte sich im Juni 1890 an einer Griechenlandanleihe zu fünf Prozent für die Piräus-Larissa-Bahn in Kooperation mit Hambro & Son, das angesichts der griechischen Finanznöte doch noch einmal zu einer Emission bereit war.<sup>91</sup> Weitere Anleihen blieben aus. Der Grund<sup>92</sup> für die Zurückhaltung dürfte gewesen sein, dass sich die griechischen Finanzen ab dem Jahr 1890 infolge der internationalen Baring-Krise massiv verschlechtert hatten. Hinzu kam der starke Verfall des Preises für Rosinen, dem Hauptexportartikel Griechenlands, infolge der prohibitiven Zollschränken Frankreichs nach einer Reblausplage und dem Einbruch seiner nationalen Produktion.<sup>93</sup> Dass der im Ausland hoch geschätzte Trikoupis innenpolitisch immer mehr in die Defensive geriet und die Arbeiten am Prestigeobjekt Piräus-Larissa-Bahn ebenso wie beim Kanal von Korinth ins Stocken geraten waren, tat ein Übriges. Schließlich kam es nach dem Regierungswechsel von 1891 am Londoner Finanzplatz zu einem Preisverfall sämtlicher griechischer Papiere, weil die dortige Diaspora der neuen Regierung weit weniger vertraute als der unter Trikoupis.<sup>94</sup> Neue Kredite im Ausland waren für die Griechen nun plötzlich nicht mehr zu bekommen, weder in Paris noch in London.<sup>95</sup> Auch die Deutsche

90 BArch Berlin, R 901/15279, Deutscher Gesandter Tschirschky an das Auswärtige Amt, 27. Juni 1889.

91 Nominalbetrag 3.595.000 £, Emissionskurs 92<sup>5</sup>/<sub>8</sub>. Vgl. Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht (wie Anm. 15), S. 28 f. – Da die entsprechenden Unterlagen zu Griechenland im Archiv der Nationalbank nicht erhalten sind, können die Gründe für dieses Engagement nicht rekonstruiert werden.

92 Ein weiterer Anlass mögen auch die antijüdischen Ausschreitungen auf Korfu ab April 1891 gewesen sein. Der Gesandte Ludwig Graf von Wesdehlen nannte die Vorfälle als Grund, warum Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und Berliner jüdischen Finanziers abrupt abgebrochen worden waren. Vgl. BArch Berlin, R 901/1540, Deutsche Gesandtschaft an Caprivi, 3. Juni 1891. – Man kann nur spekulieren, ob hier auch von Bleichröder betroffen war.

93 Πέτρος Πιζάνιας [Petros Pizanias], Οικονομική ιστορία της ελληνικής σταφίδας 1851-1912. Παραγωγή, διεθνής αγορά, διαμόρφωση τιμών, κρίση [Economic History of the Greek Raisin, 1851-1912. Production, International Market, Price Development, Crisis]. Αθήνα 1988; Théano Tsiovaridou, La Répercussion en Grèce à la fin du XIXe siècle de la crise du raisin sec, in: Balkan Studies 21 (1980), pp. 128-145.

94 LMA, MS 11.113-2-166, fol. 426, Gibbs an Bleichröder, 30. Juli 1891.

95 BArch Berlin R 3101/7401, Deutscher Gesandter Lüders an das Auswärtige Amt, 31. Juli 1891.

Bank zeigte sich nicht interessiert, als Stephan Streit, der deutschstämmige Gouverneur der griechischen Nationalbank und enge Vertrauter von Kronprinz Konstantin, dort anfragte.<sup>96</sup> Der schnell schwindende Glaube an die griechischen Finanzen lässt sich auch an der zunehmend kritischeren Haltung der deutschen Diplomaten in Athen ablesen, die immer distanzierter auf die fortgesetzte Anleihepolitik reagierten: „*Wäre an Stelle der verschwenderischen Finanzverwaltung der letzten Jahre und der Sucht nach immer neuen Anleihen eine sparsame, mit den vorhandenen Mitteln des Landes weise haushaltende Finanzpolitik am Ruder gewesen, es stünde vermutlich anders um den in bedenklicher Weise heute kompromittierten Staatskredit.*“<sup>97</sup> Auch die deutsche Presse reagierte plötzlich mit Verständnis auf die Zurückhaltung der Investoren: Es sei ja sehr begreiflich, „*daß das europäische Kapital es satt bekommt, stets in die Tasche zu greifen, um der griechischen Regierung die Zinszahlungen zu ermöglichen.*“<sup>98</sup> Der Kurs der griechischen Wertpapiere verfiel massiv um bis zu 25 Prozent.<sup>99</sup> 1892 schlug die Skepsis in offene Kritik um: „*Als eine preussische Prinzessin nach Griechenland heirathete, haben viele Capitalisten darauf hin griechische Papiere gekauft; wer sich bei Capitalanlage von solchen Motiven leiten lässt, darf sich über die Folgen nicht beklagen, wemgleich hierdurch der schwere Vorwurf nicht gemildert werden kann, welcher die Emittenten griechischer Papiere trifft.*“<sup>100</sup> Im Dezember 1893 stellte Griechenland schließlich die Amortisierung seiner Auslandsschulden ein und reduzierte die Zinszahlungen auf 30 Prozent.

## VI. Die deutsche Intervention nach dem Bankrott

Die Gläubiger in ganz Europa waren entsetzt und organisierten sich, um die Rückzahlungen vehement einzufordern. Als Trikoupis sie aber hinhielt und die Verhandlungen immer wieder verzögerte, wandten sich die Interessensvertretungen an ihre Heimatregierungen um Unterstützung, da sie sonst keine Möglichkeit sahen, ihren Schuldner zur Raison zu bringen. Die Haltung der englischen und französischen Regierungen war – in der internationalen Finanzgeschichte keine Seltenheit – unnachgiebig: Da die Bankiers und Anleger das Risiko auf eigene Verantwortung eingegangen waren, sollten sie nun auch die Verluste tragen.<sup>101</sup> Die deutschen Diplomaten dagegen lehnten eine Unterstützung der Gläubigerinteressen lange nicht so rigoros ab, sondern machten den deutschen Anlegern immer wieder Hoffnung darauf, eine vollständige Rückzahlung durch diplomatischen Druck erreichen zu können.<sup>102</sup> Die deutschen Anleger verweigerten sich deshalb standhaft den Kompromissvorschlägen von Trikoupis, der 30 oder 35 Prozent des Kapitals

96 BArch Berlin, R 3101/701, Abschrift Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 26. Januar 1893.

97 BArch Berlin, R 901/1540, Deutscher Gesandter Lüders an das Auswärtige Amt, 5. September 1891.

98 BArch Berlin, R 901/1540, Vossische Zeitung vom 14. Oktober 1891.

99 Börsen-Enquête-Kommission, Uebersicht (wie Anm. 15), S. 24-29.

100 BArch Berlin, R 901/1540, Der Deutsche Ökonomist No. 483 vom 19. März 1892.

101 Nils P. Petersson, Anarchie und Weltrecht. Das Deutsche Reich und die Institutionen der Weltwirtschaft 1890-1930. Göttingen 2009, S. 33-50.

102 Der deutsche Anteil an den insgesamt 750 bis 820 Mio. Francs Auslandsschulden betrug etwa 125 Mio. Francs. Vgl. Schaefer, Portfolioinvestitionen (wie Anm. 15), S. 323.

zurückzahlen wollte.<sup>103</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass die deutsche Regierung sich aufgrund des Drucks, den sie vorher auf die Investoren ausgeübt hatte, den Schuldnern in ganz besonderer Weise verpflichtet fühlte.

In der Tat bekam die deutsche Seite bald ein Druckmittel in die Hand: 1897 brach ein weiterer bewaffneter Konflikt zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich aus, der innerhalb weniger Wochen in einen überwältigenden türkischen Sieg mündete. Die Osmanen besetzten Thessalien und waren nur gegen hohe Kriegsentschädigungen bereit, es wieder zu räumen. Das bankrotte Griechenland hatte gar keine andere Möglichkeit, als dieses Geld – unter Garantie der Großmächte – auf den internationalen Finanzmärkten zu leihen. Dafür musste es sich die Friedensbedingungen diktieren lassen.<sup>104</sup> In Athen wurde in der Folge eine internationale Finanzkommission installiert, die in genau festgelegtem Umfang Zugriff auf die Staatsfinanzen hatte, so zum Beispiel auf die Einnahmen aus Steuern auf Salz, Zigarettenpapier, Streichhölzer und Spielkarten sowie auf die Zolleinnahmen auf Tabak, ferner auf die Stempelleinnahmen und auf die in Piräus erhobenen Einfuhrzölle. Die Finanzautonomie der griechischen Regierung war damit ausgehebelt. Die Kommission, die sich aus den Gesandten der Großmächte zusammensetzte, sorgte, wenn auch mit Unterbrechungen, erfolgreich für die Rückzahlung der griechischen Schulden<sup>105</sup> bis zum deutschen Einmarsch im Jahr 1941.<sup>106</sup> Nach 1945 wurden die Zahlungen über die griechische Nationalbank wieder aufgenommen.

## VII. Fazit

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Frage, warum europäische Bankiers in der Phase der griechischen Neuverschuldung von 1879 bis 1893 bereit waren, für das Land an den europäischen Börsen Anleihen in einer Höhe zu emittieren, die seine Leistungsfähigkeit bei weitem überschritt. Exemplarisch wurde dazu die Beteiligung Gerson von Bleichröders an der 4% Rente von 1889 untersucht. Es konnte gezeigt werden, dass die Gewinnerwartungen von Bleichröders nicht das ausschlaggebende Motiv für seine Investition gewesen sein können, weil sie verhältnismäßig niedrig waren. Zugleich schätzte

103 Petersson, Anarchie (wie Anm. 103), S. 39-46.

104 Ebd., S. 47-50.

105 Allerdings wurden nicht automatisch alle Forderungen der Banken beglichen. So hatte die griechische Regierung bei Gibbs noch diverse Außenstände (4.000 £ beziehungsweise 7.000 £), die auch nach 1897 nicht bezahlt wurden. Auch hatten Mitarbeiter im Athener Finanzministerium einige Coupons gestohlen und es war umstritten, welche Seite diesen Verlust zu ersetzen hatte. Die Verhandlungen der Bank mit den schnell wechselnden Regierungen, vermittelt durch verschiedene Unterhändler, zogen sich hin bis 1901, ohne dass eine abschließende Regelung gefunden werden konnte. Gibbs veräußerte schließlich die bei ihm hinterlegten Sicherheiten, um seinen Schaden auszugleichen. Vgl. LMA, MS 11.113-2-167, fol. 422-428, Statement by Anty, Gibbs & Sons of the delays affecting the settlement of the Greek Accounts, 23. June 1901.

106 Ali Coşkun Tunçer, Institutions, Sovereign Risk and Taxation: International Financial Control in the Ottoman Empire, Greece and Egypt (LSE Paper Series). London 2010 ([http://lse.academia.edu/AliCoşkunTuncer/Papers/1100482/Institutions\\_Sovereign\\_Risk\\_and\\_Taxation\\_International\\_Financial\\_Control\\_in\\_the\\_Ottoman\\_Empire\\_Greece\\_and\\_Egypt](http://lse.academia.edu/AliCoşkunTuncer/Papers/1100482/Institutions_Sovereign_Risk_and_Taxation_International_Financial_Control_in_the_Ottoman_Empire_Greece_and_Egypt), abgerufen am 28. Februar 2012).

sein Bankhaus das mit dem Geschäft verbundene Risiko als vergleichsweise hoch ein. Es müssen also andere Faktoren hinzugekommen sein.

Ein entscheidender Faktor war ohne Zweifel das anhaltende Drängen der deutschen Diplomaten in Athen seit der Mitte der Achtzigerjahre auf die Beteiligung von deutschem Kapital, um die Chancen deutscher Unternehmen bei der Vergabe von Industrieaufträgen aus Hellas zu verbessern. In einer Phase zunehmender nationaler Gegensätze in Europa wurde der Konflikt um die Vergabe der Ressource Industrieaufträge mittelbar auf dem Feld der Emission von Staatsanleihen an der Börse ausgefochten. Die politischen Entscheidungsträger des Deutschen Reiches versuchten dabei, die Banken vor den Karren der nationalen Industrie zu spannen. Der Kanzler selbst verfolgte mit der durch seinen Hausbankier emittierten Anleihe allerdings eine andere Agenda: Er verwendete sie als politisches Druckmittel gegenüber Griechenland, das so auf einen Deutschland genehmen Friedenskurs gezwungen wurde. Von Bleichröder emittierte die Rente in erster Linie also, um von Bismarck im Sinne einer politischen ‚Landschaftspflege‘ zu Gefallen zu sein. Die Inkaufnahme der hohen zu erwartenden ‚Werbungskosten‘ für dieses Geschäft, das nur einen geringen Profit versprach, war auf lange Sicht betrachtet sinnvoll, stellte die enge Beziehung zum Reichskanzler für von Bleichröder doch eine Grundlage seines Geschäftserfolges dar.

(Dr. Korinna Schönhärl, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Geisteswissenschaften, Historisches Institut, D-45117 Essen)

